

Billigung der Außenpolitik.

Das eingeschränkte Vertrauensvotum für die Reichsregierung.

Das Reichskabinett Luther hat diesmal im Reichstag einen parlamentarischen Sieg davongetragen, wie er seit dem Regierungsantritt des gegenwärtigen Reichsministeriums noch nicht zu verzeichnen war. Es war ein leichter Sieg, bei dem die Chancen von vornherein für die Regierung sehr günstig standen, nachdem es dem Außenminister Dr. Stresemann gelungen war, den deutschen Standpunkt zur Sicherheitsfrage so festzulegen, daß mit Ausnahme der Kommunisten und der Völkischen keine Partei in der Lage war, ernsthaften Widerspruch zu erheben. Die imposante Mehrheit, die für die Regierung gestimmt hat, sowie die leichte Überwindung der Mißtrauensanträge der extremen Parteien sind der beste Beweis dafür, daß der außenpolitische Kurs für die nächste Zukunft festgelegt ist und keine Aenderung für absehbare Zeit hinaus in Frage kommen kann.

Vorher das politische Lied am Donnerstag seinen Fortgang nimmt, ertönt durch die große Kuppelhalle des Reichstags ein Gruß der deutschamerikanischen Sänger an die deutsche Heimat. Der deutschamerikanische Sängerkreis aus New York, der augenblicklich eine Reise durch Deutschland unternimmt, statete auch dem Deutschen Reichstag einen Besuch ab. Die Sänger wurden vom Reichspräsidenten Loebe begrüßt, der in einer kurzen Ansprache darauf hinwies, wieviel Falsches in den letzten zehn Jahren über Deutschland verbreitet worden sei. Die Sänger, die von verschiedenen Abgeordneten durch die Räume des Reichstages geleitet wurden, sangen dann, wie schon angedeutet, ihren Gruß an die alte Heimat.

Wie zu Beginn der Mittwochsitzung, so weist auch am Donnerstag zunächst das Haus eine recht gute Besetzung auf. Es heißt allgemein, der Kanzler werde das Wort ergreifen. Allgemeines Entzücken erregt ein prächtiger Strauß roter und weißer Nelken auf dem Tische des Präsidenten anläßlich der 100. Sitzung des Reichstags. Präsident Loebe gibt unter allgemeiner Heiterkeit des Hauses dem Wunsche Ausdruck, daß nicht allzu viele Sitzungen mehr dazukommen möchten.

Darauf beginnt die politische Aussprache. Der demokratische Redner Dr. Haas hielt dem Außenminister entgegen, daß der endgültige Verzicht auf Elsass-Lothringen, der in dem Memorandum enthalten sei, auf die schwersten Bedenken stoßen müsse. Bei den bevorstehenden Verhandlungen dürfe das Reich keinerlei Verpflichtungen eingehen, die mit der Sicherheit des deutschen Volkes unvereinbar seien. Lediglich in der Völkerbundfrage scheint die Linke weniger Vorbehalte zu stellen als die Regierungsparteien, die sich stillschweigend auf die Formel geeinigt haben, ein Eintritt Deutschlands in den Völkerbund könne auf der gegenwärtigen Basis nicht vollzogen werden, sondern müsse sich erst aus der Berücksichtigung der wichtigsten deutschen Vorbehalte ergeben. Die Redner der kleineren Parteien, Abg. Prof. Bredt von der Wirtschaftspartei und Abg. Leicht von der Bayer. Volkspartei entwickelten ebenfalls ein positives Programm, das die Einheitsfront der großen Parteien ohne weiteres gewährleisten konnte. Blieben nur noch die unerquicklichen Zwischenfälle mit den extremen Parteien, besonders bei der Rede des Grafen Reventlow, die einen Schatten auf die erfreuliche Durchführung der außenpolitischen Debatte werfen konnten.

Unter allgemeiner Spannung nimmt darauf Reichskanzler Dr. Luther

das Wort. Mit ihm, so erklärt er, bis zu diesem Augenblick unbekannt, wie der formale parlamentarische Abschluß dieser außenpolitischen Erörterung sich gestalten wird. Ich kann mich daher nur auf die tatsächlichen Ausführungen der Fraktionsredner beziehen und feststellen, daß eine große Mehrheit des Reichstages im Endergebnis ihrer sachlichen Stellungnahme sich im Einklang mit der Note der Reichsregierung an die französische Regierung befindet. (Zustimmung.) Die Reichsregierung kann hieraus den Schluß ziehen, daß sie mit ihrer Stellungnahme den politischen Willen der großen Mehrheit des deutschen Volkes zum Ausdruck gebracht hat. (Zustimmung.) Da auch die weiteren

Schritte im Geiste und Sinne der Note getan werden sollen, so ist damit gesichert, daß die bevorstehende außenpolitische Arbeit im Sinne der in der Volksvertretung zutage getretenen weitgehenden Übereinstimmung erfolgen wird. Diese Tatsache muß der Stellungnahme der Reichsregierung ein besonderes Gewicht geben. Die Anregungen der Reichstagsparteien werden für die künftigen Beratungen der Reichsregierung von besonderer Bedeutung sein. Alle unsere Maßnahmen werden auf das Gesamtziel abgestellt sein.

Es handelt sich einmal darum, durch zielbewußte Verfolgung des Sicherheitsgedankens eine dauerhafte Grundlage für den europäischen Frieden zu schaffen.

Andererseits muß die deutsche Regierung fest im Auge behalten, daß die großen Grundgedanken, die allein den Frieden gewährleisten, auch Deutschland gegenüber Geltung haben. (Zustimmung.) Ein Sicherheitspakt kann nur auf der Grundlage der Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit abgeschlossen werden. (Beifall.) Auch die großen Rechtsgedanken des Völkerbundes dürfen nicht etwa durch neue Abmachungen geschmälert werden. Die Darlegungen, die Deutschland schon im Septemberrundgang bezüglich des Völkerbundes gemacht hat, sind gerade von dem Verlangen getragen, eine wirkliche Gleichberechtigung zu erzielen. Durch formale Gleichmäßigkeit Anwendung von Paragraphen kommt solche Gleichberechtigung nicht zum Ausdruck. (Zustimmung.) Sie beruht vielmehr auf der Anerkennung, daß die tatsächlichen Verhältnisse berücksichtigt werden müssen.

Auf eine solche Anerkennung besonderer Umstände hat Deutschland gerade bezüglich des Artikels 16 der Völkerbundssatzung ein natürliches Anrecht. Deutschland muß wenigstens eine rechtliche Gewähr dafür erhalten, daß sein Gebiet nicht Aufmarsch- und Operationsgelände anderer Staaten werden kann. (Zustimmung.)

Die endgültige Regelung der allgemeinen Fragen ist erst möglich, wenn bis dahin alle mit der Entwaffnung zusammenhängenden Fragen — auch die Räumung der nördlichen Rheinlandzone — befriedigend geregelt sind. Das sogenannte Investitutionsprogramm entspricht in keiner Weise dem Geiste der Verständigung. Der Reichskanzler überbringt dann dem deutschen Volke an Rhein, Ruhr und Saar die Grüße des ganzen Vaterlandes. (Lebhafte Beifall.) Mit besonderer Anteilnahme gedenkt der Kanzler dann derjenigen, deren endgültige Befreiung sich noch nicht geschlagen hat. Ihnen wird am besten gedient sein, wenn die Vorstellung von der Notwendigkeit eines wirklichen Friedens in Europa sich auch außerhalb Deutschlands immer mehr verbreitet und in Taten umsetzt. Die deutsche Regierung wird bis zur Herbeiführung des endgültigen Friedenszustandes alles tun, was in ihren Kräften steht. (Lebhafte Beifall.)

Zu Beginn der achten Abendstunde war die Aussprache geschlossen und es begann ein längeres Verhandeln über die geschäftsordnungsmäßige Abwicklung der Abstimmungen. Ein völkischer Antrag, der den Staatsgerichtshof zur Prüfung der Rechtsgültigkeit der Dawesgesetze anrufen lassen wollte, wurde abgelehnt. Dann gab es eine längere Sitzungsstunde über den Vorrang von Mißtrauens- oder Vertrauensvotum. Nachdem der demokratische Abg. Koch erklärt hatte, daß seine Fraktion der Billigungsformel zustimme, einem Vertrauensvotum aber hätte nicht beitreten können, und nachdem die Sozialdemokraten in einer formullierten Erklärung fundgegeben hatten, daß sie wegen der Haltung des Kabinetts zur Völkerbundfrage und auch wegen der ganzen Orientierung des Regierungskurses die Billigungsformel ablehnen müßten, wurde über den Billigungsantrag der Regierungsparteien namentlich abgestimmt. Der Präsident Loebe kennzeichnete den Antrag als ein eingeschränktes Vertrauensvotum, und so wäre er ja auch praktisch aufzufassen. Das Abstimmungsergebnis war, daß von 403 abgegebenen Stimmen sich 235 für den Antrag aussprachen, 158 dagegen, bei 13 Enthaltungen.

Belgiens Ruhräumung ist durchgeführt.

Berlin, 24. Juli. Die Morgenblätter melden aus Brüssel: Amlich wird mitgeteilt, daß die belgischen Truppen das Ruhrgebiet jetzt vollkommen geräumt haben. Der letzte belgische Soldat der Ruhrbesatzung soll gestern die Rheinbrücke überschritten haben.

Berlin, 23. Juli. Wie die Telegraphen-Union erfährt, hat der Oberbefehlshaber der alliierten Besatzungstruppen dem Regierungspräsidenten von Düsseldorf mitgeteilt, daß die französische und belgische Regierung beschlossen haben, die seit dem 11. Januar 1923 besetzten Gebiete zu räumen. Am 31. Juli vor Mitternacht 12 Uhr wird der Rest der französischen Gebiete geräumt sein. Der General spricht den Wunsch aus, daß seitens der Bevölkerung alles vermieden werde, was der friedlichen Räumung zuwiderlaufen. Der Regierungspräsident wird gebeten, darauf zu achten, daß die deutschen Behörden alle zweckdienlichen Maßnahmen treffen, damit keine Rundgebungen stattfinden. Der kommandierende General des 32. Armeekorps ist beauftragt, den deutschen Behörden die genaue Zeit mitzuteilen, an der jeder der betreffenden Orte als geräumt anzusehen ist und an der die französischen Truppen aufhören, ihre Kontrolle auszuüben. In einem weiteren Absatz des Schreibens sind die genauen Grenzen des Gebietes, dessen Besatzung nach vorgenommener Räumung noch aufrechterhalten bleibt, im einzelnen festgelegt.

Eine englische Pressestimme zur Ruhräumung. In einem Aufsatz über die Bedeutung des marokkanischen Krieges fragt der „Duklod“, wie es komme,

daß die größte Militärmacht der Welt Freiwillige für ein Heer einstellen müsse, das 150 000 Mann zähle. Der Grund sei der, sagt das Blatt, daß die französische Militärpolitik in Europa einen Vernichtungskrieg als Möglichkeit betrachte, bei dem jeder waffenfähige Franzose notwendig sei. Die Franzosen müßten aus diesem Grunde Freiwillige für Marokko mobil machen. Die Deutschen seien mit ihrer Ansicht völlig im Recht, wenn sie die Räumung der Ruhr vor dem festgelegten Datum nicht als Freundlichkeit gegenüber Deutschland betrachten, sondern sie auf den Grund der französischen Lage in Afrika zurückführen.

Die Lage in Markko.

Abdel Krim angebliche Friedensbedingungen.

London, 23. Juli. Wie die „Westminster Gazette“ berichtet, ist Abdel Krim bereit, Friedensverhandlungen auf folgender Grundlage zu eröffnen:

1. Der Rif-Staat soll anerkannt und vom Völkerbund mit einem Stände ähnlich dem von Afghanistan garantiert werden.
2. Der Sultan von Marokko soll den Rifleuten als oberster Führer anerkannt werden.
3. Das ganze Gebiet der Dieballe soll in den Rif-Staat eingeschlossen und das Nordufer des Flusses Daergha die sichtbare Staatsgrenze bilden.
4. Spanien soll Ceuta und Melilla als Verteidigungsbasis sowie die Eisenerzgruben südlich von Melilla behalten. Die Rifleute sollen die Erlaubnis erhalten, ein ständiges Heer zu unterhalten. Zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes wird der

Völkerbund gebeten, eine kleine Anleihe zu gewähren. Frankreich und Spanien sollen Erleichterungen für Handel und Eisenbahnkonstruktionen angeboten werden.

Diese Bedingungen sollen, wie es heißt, von Abdel Krim angeboten werden, sobald Aussicht dafür bestünde, daß sie angenommen würden.

Das Blatt weigert sich, die politische Persönlichkeit zu nennen, von der es den Brief mit den Friedensbedingungen des Rifführers erhalten hat. Am Quai d'Orsay weist man darauf hin, daß Abdel Krim im Besitze formaler französisch-spanischer Friedensvorschlüsse sei und daß sich eine gemischte spanisch-französische Kommission im Laufe der letzten zwei Wochen schon zweimal nach Ajdir begeben habe und von Abdel Krim empfangen worden sei. Diese Kommission stehe unter der Führung Ecevarietas. Ein Brief mit den Friedensvorschlüssen sei bei der zweiten Reise nach Ajdir bei Abdel Krim zurückgelassen worden. Eine Antwort sei bis zur Stunde auf dem vereinbarten Wege noch nicht eingetroffen.

Vom Kriegsschauplatz.

Fez, 23. Juli. Unter dem Druck französischer Truppen scheint sich die bisher zu Gunsten der Rifleute schwankende Stimmung in der Gegend von Duezan zu beruhigen. Auf einen feindlichen Angriff auf das Werk von Tacunat unternahm die französische Truppen einen Gegenstoß unterstützt von Artillerie, Maschinengewehren und Handgranaten, der die Rifleute nach Norden zurückdrängte. Der Posten von Meila wurde von den Rifleuten besetzt.

Tanger, 24. Juli. Nach Meldungen aus Tanger sind die Franzosen gezwungen die Stellungen vor Fez zu räumen.

Drei Jahresklassen in Spanien einberufen.

Nach einer Madrider Meldung hat das Direktorium drei Jahresklassen Reservisten wegen des Rif-Feldzuges unter die Fahnen gerufen. Diese Maßnahme hat im ganzen Lande große Unzufriedenheit zur Folge.

Marokkaner, die nicht gegen ihre Brüder kämpfen wollen.

Die Stadt Fulda passierten, wie unser Mitarbeiter in Fulda drahtet, mehrere marokkanische Soldaten, die einem im besetzten Gebiete liegenden französischen Schützenregiment angehören. Nach Aussage der Soldaten sollte das Regiment nach dem nordafrikanischen Kriegsschauplatz abtransportiert werden. Infolgedessen ist ein Teil der Mannschaften fahnenflüchtig geworden. Auch in anderen Städten der Umgegend von Fulda sind fahnenflüchtige, aus Marokko stammende französische Soldaten auf der Durchreise aufgetaucht.

Politische Tageschau.

Briand antwortet Stresemann. Wie wir aus den Kreisen des auswärtigen Amtes erfahren, wird für die nächsten Tage eine Rede des französischen Außenministers Briand erwartet, die eine Antwort auf die Reichstagsserklärungen des deutschen Außenministers Dr. Stresemann darstellen soll. Die Prüfung der deutschen Antwortnote durch die alliierten Regierungen soll nach den neuerlichen Mitteilungen immerhin einige Zeit in Anspruch nehmen, da die englische Regierung im Gegensatz zu Frankreich den Standpunkt vertritt, daß man die Besorgnisse Deutschlands zerstreuen müsse, ehe man ihm irgendwelche weitere Bedingungen vorlegt.

Polen.

Schwerer polnisch-russischer Grenzzwischenfall. Am 20. Juli um 7 Uhr abends kam es nach aus Warschau vorliegenden Berichten in Woschnien im Kreise Kremench an der polnisch-sowjetrussischen Grenze zu einem Zusammenstoß zwischen einer polnischen und einer russischen Streifwache. Der russische Patrouillenfürhrer, ein bolschewistischer Offizier, forderte die polnische Abteilung auf, nach Sowjetrußland abzugehen. Das Schweißen der polnischen Soldaten betrachtete er als Aufforderung, zu ihnen über die Grenze zu kommen. Kaum hatte er dies getan, so befahl ihm die polnische Streifwache, die Hände hoch zu heben, worauf der russische Offizier rasch den Revolver zog und auf die polnischen Soldaten zu schießen begann. Die polnische Abteilung beantwortete das Feuer und schoß den Offizier nieder. Im gleichen Augenblick begann eine jenseits der Grenze verborgene ausgeschwärzte russische Schützenlinie Gewehrfeuer auf die polnische Abteilung zu eröffnen und zwang die polnischen Soldaten, sich zurückzuziehen. Die Russen nahmen sodann den Leichnam ihres Offiziers und zogen sich hierauf wieder auf ihr Gebiet zurück. — Von polnischer und russischer Seite wurde eine Kommission eingesetzt, die den Zwischenfall klären soll.

Italien.

Die diesjährigen Flottenmanöver werden in diesem Jahre zwischen Sardinien und Sizilien abgehalten werden. Es nehmen daran 106 Schiffe, 49 Aeroplane, 3 lenkbare Luftschiffe, sowie Abteilungen der Landarmee und der nationalen freiwilligen Miliz teil.

England.

Die italienischen Schulden an England. Auf eine Anfrage im Unterhaus wurde von der Regierung mitgeteilt, daß Italien am 30. Juni 1925 489,5 Millionen Pfund Sterling an England zu zahlen hatte. Die Rückzahlung müsse vertragsgemäß in Pfund erfolgen. Die aufgerufenen 5 Prozent Zinsen wären dem Kapital zugeschrieben worden.

China.

Er mordung eines amerikanischen Offiziers in China. Auf einer Reise nach der nördlichen Mandchurie wurde der amerikanische Major Palmer von Banditen überfallen und getötet. Der Offizier wollte die wirtschaftliche Entwicklung der Mandchurie studieren. Einer seiner Begleiter, der Augenarzt Howard wurde festgenommen. Andere begleitende Offiziere wurden beraubt, doch konnten sie entkommen.